

Bergregionen | Thomas Egger, Direktor der SAB, zur Zweitwohnungsinitiative, zur Raumplanung, zum Lobbying der Kantone und zu

# «Das Verständnis für die Anliegen der E

**In der Schweizer Politicken die Uhren plötzlich anders. Die Interessen des Berggebietes geraten zunehmend unter die Räder. Eine Standortbestimmung mit SAB-Direktor Thomas Egger.**

Der Oberwalliser Thomas Egger leitet seit 17 Jahren die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete. Unter seiner Führung hat sich diese Einrichtung zur anerkannten Denkfabrik und zur effizienten Interessenvertretung für das Berggebiet, die Gebirgskantone und den ländlichen Raum entwickelt.

**Wo steht eigentlich die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative? Warten alle auf die weisen Ratschlüsse aus Lausanne vom Mittwoch nächster Woche?**

«In der Baubranche herrscht eine grosse Unsicherheit. Viele Unternehmungen warten ungeduldig auf den Entscheid des Bundesgerichtes. Dieser ist nun für den 22. Mai 2013 angekündigt. Das Bundesgericht wird dann entscheiden, auf welchen Zeitpunkt die Verfassungsbestimmung in Kraft getreten ist. Der Bundesrat stellt sich bekanntlich auf den Standpunkt, dass dies am Tag der Volksabstimmung geschehen sei. Die Übergangsbestimmungen besagen aber, dass der 1. Januar 2013 gilt. Mit dem Richterspruch wird sich weisen, was mit all den Baugesuchen geschieht, die zwischen dem 11. März und 31. Dezember 2012 eingereicht wurden und noch nicht rechtskräftig bewilligt sind. Und das sind nicht wenige, dafür hat Franz Weber mit seiner Helvetia Nostra gesorgt.»

**Was passiert, wenn das Bundesgericht die Sichtweise von Helvetia Nostra teilt? Wird da nicht masslos dramatisiert? Wir hätten ja wirklich nicht im Tempo der letzten Jahrzehnte weiterfahren können...**

«Mit seinen Einsprachen hat er mehrere Tausend Baugesuche blockiert. Das Bundesgericht wird nun auch entscheiden, ob Helvetia Nostra überhaupt einspracheberechtigt ist. Falls ja, werden mit sofortiger Wirkung Tausende von Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft vernichtet. Schätzungen gehen im Extremfall von bis zu 13 000 Arbeitsplätzen im gesamten Alpenraum aus.»

**Und in der Zwischenzeit haben alle Beteiligten einfach die Hände in den Schoss gelegt???**

«Keineswegs. Unabhängig vom Entscheid des Bundesgerichtes arbeitet die Bundesverwaltung zusammen mit denen Kantonen und uns mit Hochdruck am

projekt Ferien im Baudenkmal, welches u.a. auch in Bellwald realisiert wurde. Die Zweitwohnungsverordnung lässt eine derartige Umnutzung innerhalb der Bauzone aber nicht zu. Das muss nun mit dem Gesetz korrigiert werden. Damit kann auch das zentrale Anliegen der ersten Teilrevision des Raumplanungsgesetzes aufgenommen werden: die Siedlungsentwicklung nach innen.»

**Bei der Raumplanung steht ja noch eine zweite Etappe an – die Bauten ausserhalb der Bauzone. Dürfen wir die 200 000 Stallscheunen im Kanton wirklich nicht mehr alle zu schmucken Chalets umfunktionieren? Und dafür verludern dann**

## Wenn sich Franz Weber durchsetzt, werden Tausende von Arbeitsplätzen im Baugewerbe vernichtet

Zweitwohnungsgesetz. Das Gesetz soll noch vor den Sommerferien in die Vernehmlassung gehen. Danach folgt die parlamentarische Beratung, sodass das Gesetz vermutlich ab 2016 die Verordnung ersetzen wird. Seitens der SAB setzen wir uns dafür ein, dass das Gesetz so ausgestaltet wird, dass der oben skizzierte Verlust an Arbeitsplätzen nicht eintreten wird. Zudem müssen einige Punkte nachgebessert werden, die in der Verordnung nicht geregelt sind. Das betrifft zum Beispiel den Erhalt der Ortskerne. Beispielsweise im Goms oder im Lötschental sind die Ortskerne geprägt durch landwirtschaftliche Ökonomiegebäude. Diese werden aber oft nicht mehr genutzt und drohen zu zerfallen. Einzige Möglichkeit zum Erhalt ist die Umnutzung in Zweitwohnungen. Der Schweizer Heimatschutz hat dies übrigens vorgemacht mit seinem Modell-

**die Ökonomiegebäude in den Dorfzentren...**

Bei der Raumplanung steckt in der Tat noch eine zweite, viel weiter gehende Reformetappe in der Pipeline. Es geht um insgesamt sieben Themen: Bundesplanungen, Kantonsplanungen, funktionale Räume, Schutz und Nutzung des Bodens, Bauen ausserhalb der Bauzonen, Koordination von Raumplanung und Umweltschutz sowie Planen im Untergrund. Die vorbereitenden Arbeiten sind eigentlich abgeschlossen. Wir waren von der SAB aus ebenfalls im Leitungsgremium und in den Arbeitsgruppen vertreten. Wir sind aber der Auffassung, dass nun zuerst die erste Teilrevision zusammen mit der Ausführungsverordnung in Kraft gesetzt werden muss, bevor die zweite Etappe in die politischen Mühlen kommt. Das wird voraussichtlich im Frühling 2014 der Fall sein. Wir müssen in der



**Raumplanung.** Die alten Dorfkerne müssen bei Um- und Ausbauten von alten landwirtschaftlichen Gebäuden und stattdessen Stallscheunen ausserhalb der Bauzonen und der Dörfer umgebaut werden.

Tat alles daran, dass in erster Priorität die Bauten innerhalb der Bauzonen erhalten und erneuert werden. Die Stossrichtung der ersten Teilrevision des Raumplanungsgesetzes ist diesbezüglich richtig, und wenn alles gut geht, wird das Zweitwohnungsgesetz nochmals einen deutlichen Akzent setzen. Die Thematik der Siedlungsentwicklung nach innen ist aber hochkomplex. Im Wallis kommt dabei insbesondere noch die Realteilung ins Spiel. Eigentlich müssten wir so etwas wie eine Gebäude-Melioration durchführen. Sonst können die bestehenden Gebäude oftmals gar nicht umgenutzt werden.»

**Bei der Umsetzung des Raumplanungsgesetzes hat das Wallis schlechte Karten – alle anderen Kantone waren dafür. Haben die Walliser Anliegen den Hauch einer Chance?**

«Beim Ja des Schweizer Stimmvolkes zum Raumplanungsgesetz verhält es sich wie bei der Zweitwohnungsinitiative. Es ist Ausdruck eines allgemeinen Unbehagens gegenüber einer Fehlentwicklung. Allzu lange haben Kantone und Gemeinden neue Zweitwohnungen bewilligt. Allzu lange wurden immer neue Bauzonen ausgeschieden, ohne die Siedlungsentwicklung nach innen voranzutreiben. Die Zersiedelung ist besonders deutlich sichtbar am Siedlungsbrei zwischen Genf und Romanshorn. Hier konzentriert sich die stetig wachsende Schweizer Bevölkerung, welche Ausdruck der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und der damit einhergehenden Zu-

wanderung aus dem Ausland ist. Hinzu kommt der gestiegene Lebensstil. Der Traum nach einem Eigenheim im Grünen ist immer noch vorherrschend. Es ist schon eigenartig, dass man an der Urne zu einer Vorlage Ja sagt, sich aber persönlich ganz anders verhält. Das Wallis ist in einer besonderen Situation, weil Bauland oft als Kapitalanlage vererbt wurde. Das widerspricht aber dem Grundgedanken des Raumplanungsgesetzes, nur so viel Bauland einzuzonen, wie in den nächsten 15 Jahren auch wirklich gebraucht wird. Das Wallis war mit sei-

## Bauland wurde im Wallis oft als langfristige Kapitalanlage vererbt

nem Anliegen allein auf weiter Flur. Es zeigt sich, dass der Alleingang eines Kantons auf eidgenössischer Ebene keine Chance hat.»

**Ein ganz anderes Thema: Alle Kantone wollen plötzlich Lobbying in Bundesbern betreiben. Sie schicken reihum Interessenvertreter nach Bern. Ergibt das einen Sinn? Haben die Bundesparlamentarier so sehr an Gewicht verloren?**

«Es ist in der Tat eine Tendenz zu beobachten, dass immer mehr Kantone einen Delegierten für Bundesangelegenheiten bestimmen. Vor allem Rand-

kantone wie Tessin, Genf und Jura versuchen sich so mehr Gehör zu verschaffen. Und auch Basel hat kürzlich eine ähnliche Stelle ausgeschrieben. Das Wallis hat einen eigenen Weg beschritten, indem es eine Stelle geschaffen hat, die nicht direkt in Bern vorstellig wird, sondern die Walliser Bundesparlamentarier mit Informationen bedient. Letztlich führen aber alle diese Initiativen nur dazu, dass die jeweiligen kantonalen Positionen eingebracht werden. Ein Kanton allein kann in Bern aber nichts bewegen. Das Beispiel der Volksabstimmung zum Raumplanungsgesetz war eindrücklich. Das Wallis stand völlig isoliert da. Erst eine kantonsübergreifende Allianz kann genügend Wirkung entfalten. Genau hier setzt die SAB an. Wir greifen die wichtigen Themen auf und bauen Allianzen mit Vertretern aus allen Kantonen und allen Parteien.»

**Auch die Regierungskonferenz der Gebirgskantone will nun ihre Lobby-Aktivitäten aufmotzen und verlässt ihre bisherigen Tätigkeitsfelder wie die Energie und will breiteres Lobbying betreiben.**

«Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone hat eine andere Funktion als die SAB. Die RKGK ist ein Zusammenschluss von sieben Kantonen auf Regierungsebene. Die SAB hingegen ist eine multifunktionale Organisation, die 23 Kantone, rund 700 Gemeinden, die Regionen und zahlreiche Verbände und Einzelpersonen aus allen wichtigen Themenbereichen umfasst. Wir decken damit sowohl



**Denkfabrikant.** Unter der Leitung von Thomas Egger hat sich die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete zu einer Denkfabrik gemauert.

Die Lage des Berggebietes vor dem Hintergrund der neuen und verschärften Verteilungskämpfe

# Berggebiete schwindet...»



Bäuden bevorzugt werden, weil im anderen Falle die historischen Dorfteile dem Untergang geweiht sind  
FOTOS WB

die verschiedenen staatspolitischen Ebenen als auch alle relevanten Themen ab. Die SAB ist europaweit ein einmaliges Kon-

zudem immer deutlicher, dass die Bevölkerungsmehrheit heute in den städtischen Gebieten wohnt. Das Verständnis für die Anliegen der Berggebiete schwindet. Die Berggebiete werden von der urbanen Bevölkerung zunehmend als Turngerät und als Naturreservat wahrgenommen. Die Diskussionen um die Wiederansiedlung von Bären und Wölfen zeigen diese auseinanderklaffenden Sichtweisen mit aller Deutlichkeit. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Anliegen klar formulieren und in die politische Diskussion einbringen. Das Verhältnis

zudem immer deutlicher, dass die Bevölkerungsmehrheit heute in den städtischen Gebieten wohnt. Das Verständnis für die Anliegen der Berggebiete schwindet. Die Berggebiete werden von der urbanen Bevölkerung zunehmend als Turngerät und als Naturreservat wahrgenommen. Die Diskussionen um die Wiederansiedlung von Bären und Wölfen zeigen diese auseinanderklaffenden Sichtweisen mit aller Deutlichkeit. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Anliegen klar formulieren und in die politische Diskussion einbringen. Das Verhältnis

## Von jedem Franken Mitgliederbeitrag fliessen bei der SAB 1000 Franken wieder zurück ins Berggebiet

strukt. Wir sind derzeit in Kontakt mit Partnern in Deutschland, Italien und Österreich, die unser Modell übernehmen möchten.»

**Diese Frage freut Sie jetzt sicher: Wir haben der SAB ja den Stellenwert einer Denkfabrik für das Berggebiet zugewilligt. In der logischen Konsequenz: Wäre es nicht sinnvoller, wenn der «Alpine Think Tank», die alpine Denkfabrik, die SAB, mit mehr personellen und finanziellen Mitteln dotiert würde?**

«Ich träume davon, so wie Ecomiesuisse auf jedes Dossier zwei Mitarbeiter ansetzen zu können. Unsere personellen und finanziellen Ressourcen sind äusserst bescheiden. Wir haben das mal ausgerechnet: für jeden Franken Mitgliederbeitrag, der in uns investiert wird, fliessen aufgrund unserer politischen Erfolge rund 1000 Franken wieder zurück ins Berggebiet. Wir konnten schon zahlreiche Erfolge verbuchen, aber angesichts der anstehenden Herausforderungen geht

**Besteht nicht die Gefahr, dass man Mittel und personelle Ressourcen verzettelt und als negative Folge dann nicht mehr mit einer Stimme spricht?**

«Je mehr Akteure auftreten, umso wichtiger ist es, dass diese mit einer Stimme sprechen. Die Städte und die finanzstarken Kantone haben sich in den letzten Jahren spürbar besser organisiert und treten geschlossen mit Forderungen auf. Die Verteilungskämpfe, die sich um die Mittel aus dem eidgenössischen Finanzausgleich abspielen, sind symbolisch dafür. Dem müssen wir geschlossen gegenüberstehen, sonst haben wir verloren.»

**Blicken wir in die Zukunft: Welches sind die wichtigsten Fragen und Herausforderungen, denen sich die Berggebiete in den kommenden Jahren stellen müssen?**

«Gerade wenn es um die Verteilung finanzieller Mittel geht, zeichnet sich zunehmend ein Verteilungskampf ab. Bei Volksabstimmungen und Abstimmungen im Nationalrat zeigt sich

Stadt-Land wird damit zu einer der grössten Herausforderungen für die nächste Zukunft. Aber es stehen noch zahlreiche weitere Hausaufgaben an. Ich nenne an dieser Stelle nur den Strukturwandel im Tourismus. Wir müssen den alpinen Tourismus neu erfinden. Wir können nicht mehr so weiterfahren wie

bereich versagt hat: in der Finanzierung der kommunalen Infrastrukturen. Früher hatte die Regionalpolitik mit den IHG-Darlehen hier eine Schlüsselrolle übernommen. Seit 2008 gibt es von der Regionalpolitik aber keine Mittel mehr für derartige Infrastrukturen wie Turnhallen, Abwasserreini-

stützpunkte. Gerade die Regionalpolitik muss aber in Zusammenspiel mit anderen Politiken wie der Landwirtschaftspolitik dafür sorgen, dass auch in den Bergdörfern eine wirtschaftliche Entwicklung stattfinden kann. Wenn sich die ganze Bevölkerung nur in den Zentren konzentrieren würde, hätten wir ein raumplanerisches Problem. Bildlich gesprochen würden wir die gesamte Bevölkerung in der Küche versammeln, während die anderen Zimmer des Hauses leer bleiben. Das ist unsinnig.»

## Die zusätzlichen Mittel aus dem Finanzausgleich wurden vielfach für Steuererleichterungen eingesetzt

bisher. Zu gross sind die Herausforderungen durch die Frankenstärke, die Zweitwohnungsinitiative, den Klimawandel, die strukturellen Probleme, die mangelnde Erneuerung der Infrastrukturen usw. Seitens der SAB werden wir in den nächsten Wochen eine Art Road Map präsentieren, wie es mit dem alpinen Tourismus weitergehen kann.»

**Wenn ich die Liste der Empfänger von Mitteln aus dem Neuen Finanzausgleich durchschaue, sehe ich, dass dort erhebliche Beträge an wohlhabende Gemeinden wie Siders, St-Maurice und sogar Monthey gehen. Selbst Naters findet sich auf der Empfängerseite. Das ist doch ein Witz, ein schlechter...**

«Es ist wie beim eidgenössischen Finanzausgleich: Auch die städtischen Gebiete haben gewisse Sonderlasten und diese sollen auch abgegolten werden. Ziel des Finanzausgleichs ist aber letztlich der Abbau von Disparitäten. Das heisst, dass auch die Gemeinden im Goms oder im Lötschental ihre Aufgaben wahrnehmen können. Die Mittel aus dem Finanzausgleich müssen deshalb vor allem in diesen strukturschwachen Gebieten eingesetzt werden. Kritisch muss aber angemerkt werden, dass die Umsetzung des eidgenössischen Finanzausgleichs vor allem in einem Teil-

gungsanlagen und so weiter. Die Idee war eigentlich, dass die entsprechenden Mittel neu aus dem Finanzausgleich bereitgestellt werden. Nur hat genau das nicht stattgefunden.»

**Was ist passiert?**

«Die zusätzlichen Mittel aus dem Finanzausgleich wurden von vielen Kantonen eingesetzt, um Steuererleichterungen durchzusetzen. Konsequenz ist, dass den Gemeinden das Geld fehlt, um die Infrastrukturen zu erneuern. Wir schieben derzeit eine mehrere Milliarden schwere Bugwelle vor uns her. Es ist kein Zufall, dass Glarus letzte Woche beschlossen hat, die Steuern wieder anzuheben...»

**Wird es die Bergdörfer in ihrer heutigen Zahl in 50 Jahren noch geben, oder wird die dezentrale Besiedlung der Schweiz aufgegeben?**

«Es gibt in der Tat Leute in der Forschung und in der Bundesverwaltung, die den Grundsatz der dezentralen Besiedlung aufgeben und alle Mittel in den regionalen Zentren konzentrieren möchten. Aktuell wird sogar darüber nachgedacht, die Mittel aus der Regionalpolitik nur noch in die regionalen Zentren fliessen zu lassen. Seitens der SAB wehren wir uns gegen derartige Überlegungen. Klar spielen die regionalen Zentren eine extrem wichtige Rolle als Arbeitsplätze und Versorgungs-

**Wie positioniert sich die SAB übrigens bei der Frage der 100-Franken-Autobahnvignette? Das neue Mitglied der Walliser Regierung hat da einige herrliche Spitzkehren hingelegt. Nationalrat und Staatsrat Oskar Freysinger war zuerst dafür, dann dagegen und jetzt wieder dafür.**

«Die Erhöhung der Vignette auf 100 Franken dient dazu, dass rund 380 Kilometer Hauptstrassen ins Nationalstrassennetz aufgenommen werden. Die Kantone werden entsprechend von den Kosten für Ausbau und Unterhalt entlastet. Davon profitieren vor allem die Bergkantone. Im Wallis betrifft es die Passstrasse auf den Grand St. Bernard und die Strasse Gampel-Goppenstein. Die SAB unterstützt deshalb diese Erhöhung der Vignette ganz klar. Im Verhältnis zu den Mautgebühren im Ausland ist eine Vignette von 100 Franken für ein ganzes Jahr immer noch sehr günstig. Wichtig für den Tourismus ist zudem, dass gleichzeitig eine Kurzzeitsvignette von 40 Franken eingeführt wird. Das Referendum gegen die Vignette darf deshalb aus Sicht der Berggebiete nicht unterstützt werden. Problematisch wird hingegen die absehbare Erhöhung der Mineralölsteuer. Wenn der Benzinpreis um bis zu 30 Rappen pro Liter steigt, dann trifft dies uns besonders stark, da wir oft auf das Auto angewiesen sind. Zudem wird der Ausbau der Netze nicht im Berggebiet stattfinden.»

Interview: Luzius Theler



Zweitwohnungsbau. Das Bundesgericht wird am kommenden 22. Mai 2013 entscheiden, in welchem Umfang die Einsprachen von Helvetia Nostra von Franz Weber zulässig sind und was als Zweitwohnung gilt.